

Resolution

EIN STARKES EUROPA FÜR EINE GUTE ZUKUNFT

Europaresolution der Fraktion B90/DIE GRÜNEN

www.gruene-fraktion-bayern.de





Ein starkes Europa für eine gute Zukunft

Auf ein gemeinsames Europa setzen und nationale Grenzen überwinden – diese Idee und ihre Verwirklichung brachten Europa eine bis dahin nie gekannte Zeit des Friedens und der Verständigung. Die Idee ist unverändert richtig. Angesichts neuer Herausforderungen von außen wie von innen – Erdüberhitzung, Migration, Nationalismus, um nur einige zu nennen – ist es Zeit, Europas Versprechen zu erneuern. Nur eine starke und handlungsfähige EU kann Frieden, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat, sozialen Ausgleich und den Erhalt der Lebensgrundlagen garantieren.

Die Europawahl im Mai markiert ein wichtiges Datum auf dem Weg in die politische Zukunft Europas. Geht die Europäische Union den Weg der Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg, den Weg einer enger werdenden Gemeinschaft, eines gemeinsamen Europa oder setzen sich diejenigen durch, die unter dem Schlagwort „Europa der Vaterländer“ eine Re-Nationalisierung der europäischen Politik betreiben und Europa nur als Vehikel für ökonomische Interessen begreifen?

Nur ein demokratisches, gemeinsames Europa mit starken Institutionen kann seinen Bürger*innen Halt und Sicherheit geben sowie die Globalisierung und Digitalisierung zum Wohle seiner Bürger*innen gestalten. Nur eine starke EU ist Garant für Grundrechte und Demokratie. Sie kann der Interessenpolitik von Autokraten wie Putin oder Erdogan klare Grenzen setzen und der unberechenbaren Trump-Administration Paroli bieten. Dafür muss die EU jedoch solidarisch zusammenstehen und darf sich nicht von Nationalist*innen und Populist*innen in den eigenen Reihen auseinanderdividieren lassen. Denn allein sind die europäischen Staaten nicht in der Lage, diese Herausforderungen zu bewältigen. Das gilt selbst für ein vergleichsweise wirtschaftsstarkes Land wie Deutschland. Auch wir brauchen ein starkes Europa für eine gute Zukunft.



Bayern hat ein elementares Interesse an einem starken Europa

Ein starkes Europa liegt im Interesse Bayerns. Bayern liegt im Herzen Europas, hat eine lange gemeinsame Grenze mit zwei EU-Nachbarstaaten und eine lange gemeinsame Geschichte mit anderen europäischen Staaten. Bayern bietet vielen Menschen ein Zuhause, die in anderen Teilen Europas geboren wurden. Bayern ist als starkes Exportland auf den freien Zugang zu Märkten angewiesen, mehr als die Hälfte aller Exporte gehen in die EU-Mitgliedsstaaten. Als bedeutender Wissenschaftsstandort profitiert Bayern in besonderem Maße von europäischem Forschungsraum und Förderprogrammen. Der rege internationale Austausch durch Freizügigkeit innerhalb der EU trägt zur einer lebendigen Kulturszene bei. Trotzdem betreibt die Bayerische Staatsregierung eine Politik, die diesen Interessen nicht gerecht wird, ja bisweilen sogar zuwiderläuft. Das betrifft die überflüssigen Kontrollen an der Grenze zu Österreich ebenso wie die jüngst eingerichtete „Bayerische Grenzpolizei“. Beide Maßnahmen widersprechen dem Geist und der Intention eines gemeinsamen Europas und sind deshalb einzustellen. Wir erwarten von einer Staatsregierung, dass Bayern ein Motor im Prozess der europäischen Einigung ist und keine Bremse. Wir bekennen uns ganz klar zur Europäischen Union. Bayern braucht eine Staatsregierung von überzeugten Europäer*innen und keine Gedankenspiele über das „Ende des geordneten Multilateralismus“, was nichts anderes als das Ende der EU bedeuten würde.

Vom Europa der Regierungen zum Europa der Herzen

Ein starkes Europa wird es nur geben, wenn es von einem Europa der Regierungen zu einem Europa der Bürger*innen wird, zu einem Europa der Herzen. Die Verengung auf wirtschaftliche Themen muss dabei ebenso überwunden werden, wie die Tatsache, dass die europäische Einigung nach wie vor hauptsächlich eine Angelegenheit der Regierungen ist und nicht eine der europäischen Öffentlichkeit. Die Weiterentwicklung der EU funktioniert nur, wenn essentielle Fragen wie der Schutz der Umwelt und der sozialen Sicherung einen deutlich höheren Stellenwert bekommen und sich gleichzeitig eine Kultur der Beteiligung entwickeln kann.



Hier ist die EU auf dem richtigen Weg: Seit 2013 tritt die Kommission mit den Bürger*innen regelmäßig in Dialog. 160.000 Europäer*innen aller Nationalitäten, Altersgruppen sowie unterschiedlicher Herkunft und Religion haben sich an mehr als 1.200 Bürgerkonferenzen beteiligt. Die zentrale Botschaft lautet: Die Europäer*innen wollen die Zukunft Europa aktiv mitgestalten. Auch die Teilnahme an den zahlreichen Konsultationen der EU Kommission bietet den Bürger*innen die Möglichkeit, sich aktiv in europäische Politik einzumischen.

Auf ein starkes Europa zu setzen bedeutet auch, dass wir die bisherige politische Praxis in der EU besser, transparenter und demokratischer gestalten wollen. Wir wollen das Europaparlament noch weiter stärken, damit wichtige Themen von gewählten Abgeordneten in der Öffentlichkeit entschieden, anstatt von Regierungschefs im Hinterzimmer verhandelt werden. Es ist wichtig und notwendig die EU mit Blick auf das Gemeinwohl und das Wohlergehen der Menschen zu verbessern. Wir wehren uns gegen EU-feindliche Stimmungsmache auf Basis falscher Behauptungen, die häufig lediglich mit Blick auf das Eigeninteressen einzelner Staaten betrieben wird. Zu wenig Beachtung finden die positiven Errungenschaften der EU für Mensch und Umwelt wie beispielsweise Grenzwerte für Auto-Abgase oder die Abschaffung überhöhter Mobilfunkkosten.

Nur eine starke EU kann unsere Lebensgrundlagen retten

Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen – vom Schutz des Erdklimas bis zum Stopp des dramatischen Artenschwunds – ist längst eine Frage des Hier und Heute geworden: Wir spüren heute die Überhitzung des Erdklimas, auch hier in Mitteleuropa in Form von Wetter-extremen. Heiße Sommer schädigen unsere Gesundheit, Mensch und Natur leiden unter Wetterextremen wie lang anhaltenden Dürren gefolgt von Überschwemmungen und Schneemassen, die Landwirtschaft hat mit Ernteauffällen zu kämpfen. Tier- und Pflanzenarten sterben aus. Immer mehr Menschen verstehen, dass wir es nicht mit einem Problem zu tun haben, das erst unsere Kinder und Enkel treffen wird. Hier und heute entscheidet sich, ob wir es schaffen, die Lebensgrundlagen zu erhalten. Die Zeit, vom Land auf den Bund, von dort nach Europa und dann wieder zurück auf die Kommunen zu verweisen, ist vorbei. Alle sind in der Pflicht, im wahrsten Sinne des Wortes die Welt zu



retten, auch die EU. Sie kann das, wenn sie sich Klimaziele setzt, die dem Pariser Klimaschutzabkommen entsprechen. Die EU kann das, wenn sie ihre Agrarpolitik am Klimaschutz, dem Schutz der Gewässer, der Böden und der Artenvielfalt ausrichtet. Aber sie kann es eben auch nur, wenn die Mitgliedsstaaten und ihre Regierungen die EU unterstützen und nicht gegen sie arbeiten.

Zur Umsetzung der Klimaziele braucht es eine grundlegende Reform des CO₂-Zertifikatehandels auf dem europäischen Strommarkt: kostenlose Abgaben von Zertifikaten sind zu stoppen und die Anzahl der Zertifikate deutlich zu reduzieren. Deutschland soll mit anderen Ländern die Initiative, ergreifen einen CO₂ Mindestpreis einzuführen. Auch außerhalb des Strombereichs sind Lenkungsinstrumente notwendig. Fossile Treib- und Heizstoffe müssen entsprechend ihrem jeweils spezifischen CO₂-Ausstoß einen verursachergerechten Preis bekommen.

Der Landwirtschaftsbereich nimmt im Rahmen der EU-Förderung den größten Teil ein, rund 40 Prozent der EU-Mittel fließen in die Agrarförderung. Gleichzeitig trägt die Landwirtschaft auch zu einem nicht unerheblichen Teil zur Erdüberhitzung bei. Der Anteil der Treibhausgasemissionen, die in Deutschland durch die Produktion von Nahrungsmitteln verursacht werden, wird auf 16 bis 22 % der gesamten Emissionen geschätzt. Deshalb brauchen wir eine nachhaltige, regional verankerte, bäuerliche Landwirtschaft, die Natur und Tiere schont, gesundes Essen für uns alle erzeugt und den Landwirt*innen ein gutes Auskommen sichert. Da-zu braucht es eine konsequente Neuausrichtung hin zu einer europäischen Agrar- und Ernährungspolitik, die im Einklang mit den Zielen der EU in der Klima-, Umwelt-, Verbraucher- und Entwicklungspolitik steht. Bei der Neuausrichtung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) setzen CSU und Staatsregierung wie auch viele andere europäische Mitgliedsstaaten aber auf ein weiter so. Wir fordern, eine deutliche Steigerung des Ökolandbaus. Zukünftig darf es öffentliches Geld auch nur noch für öffentliche Leistungen geben.

Knapp 47% der bayerischen Landesfläche wird landwirtschaftlich genutzt. So wie bei uns Landwirtschaft in weiten Teilen betrieben wird, ist sie eine der wichtigsten Verursacher des Artensterbens. Wir müssen den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft drastisch reduzieren, indem wir die schlimmsten Pflanzengifte sofort verbieten – darunter auch alle



Neonikotinoide. Für das Ende des Pflanzengiftes Glyphosat setzen wir uns weiterhin mit aller Kraft ein. Im Gegenzug müssen wir den Landwirt*innen Alternativen aufzeigen und diese stärker fördern.

Derzeit existiert das Verschlechterungsverbot für Natura 2000 Gebiete, einen europaweiten Verbund von Naturschutzgebieten, häufig nur auf dem Papier. Sie können ihre Aufgabe, einen günstigen Erhaltungszustand von Arten und Biotopen zu gewährleisten, derzeit nicht erfüllen, weil die landwirtschaftliche Nutzung innerhalb der Gebiete zu wenig eingeschränkt wird. Wir fordern einen besseren Schutz und eine Vergrößerung der Natura 2000 Gebiete. Hier hat Bayern erheblichen Nachholbedarf; 14 Jahre nach den letzten Gebietsmeldungen sind die Managementpläne für viele Gebiete immer noch nicht fertig.

Europa braucht Solidarität

Ein starkes Europa erfordert Solidarität. Solidarität bedeutet, im langfristigen Eigeninteresse und im Vertrauen darauf, dass sich der andere in ähnlichen Situationen ebenso verhalten wird, kurzfristige Nachteile in Kauf zu nehmen. Die Bereitschaft, weitsichtig zu denken und zu handeln wird jedoch zu oft einer kleinmütigen Politik des kurzfristigen Machterhalts geopfert. Dramatisch sichtbar wird dies beim Brexit und vor allem anhand der Staatsschuldenkrise, die als Finanzmarktkrise ihren Anfang nahm und mehrere Länder in eine schwere Krise stürzte. Die strengen haushaltspolitischen Auflagen, die allen voran Griechenland mitgegeben wurden, führten zu Massenarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit in den betroffenen Ländern und dazu, dass sich die Menschen dort von der europäischen Einigung abwenden.

Europäische Solidarität heißt, dass das gemeinsame Interesse handlungsleitend ist, nicht der nationale Egoismus. Offene Binnengrenzen sind ebenso ein Ausdruck von Solidarität wie die Chance für verschuldete Länder, genug fiskalischen Spielraum zu bekommen, um etwa in neue Technologie, grüne Energie, Bildung und Wissenschaft und eine gute Infrastruktur zu investieren und so das Einkommensgefälle zu den reicheren Mitgliedsstaaten reduzieren zu können. Solidarität heißt, dass hohe Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen in Spanien und Griechenland kein rein spanisches oder griechisches Problem



mehr ist, sondern ein gesamteuropäisches. Im Gegenzug hieße das auch, dass Spanien und Griechenland an der Seite Deutschlands stehen, wenn es darum geht, die willkürliche Außenpolitik der Trump-Administration abzuwehren.

Auch die Bereitschaft zu einem fairen Ausgleich bei der Aufnahme von Geflüchteten gehört zu einem solidarischen Europa. Es braucht humane Zugangswege nach Europa, um das Sterben z.B. im Mittelmeer zu verhindern. Wir fordern ein integriertes EU-Asylsystem zur besseren Umsetzung der EU-Asylvorschriften in allen Mitgliedstaaten. Die derzeitigen Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) müssen zu einer eigenständigen und voll funktionsfähigen EU-Asylbehörde ausgebaut werden. Es bedarf eines Systems, das da-rauf basiert, Anreize für die Asylsuchenden zu schaffen, in „ihrem“ Mitgliedstaat zu bleiben, statt eine Abwanderung und sekundäre Migrationsbewegungen in andere Mitgliedstaaten durch Zwangsmaßnahmen zu verhindern. Positive Asylentscheidungen gehören innerhalb Europas anerkannt, so dass Flüchtlinge ein Jahr nach ihrer Anerkennung als Schutzbedürftige in einen anderen Mitgliedstaat ziehen können, um dort zu arbeiten oder zu studieren. Nach einer fairen Verteilung der Geflüchteten müssen sie eine Perspektive für ein selbstbestimmtes Leben in Bayern oder in anderen Regionen Europas erhalten.

Denn nur wenn es allen Menschen in allen europäischen Staaten gut geht, kann es auch uns gut gehen und die Abkehr von der europäischen Idee kann durchbrochen werden.

Europas Zukunft ist die Jugend

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind mit der europäischen Integration aufgewachsen. Die aktuellen Auseinandersetzungen aber zeigen, dass ein geeintes und mit einer Stimme sprechendes Europa keinesfalls als Selbstverständlichkeit hingenommen werden kann. Vielmehr muss jede Generation den europäischen Geist mit neuem Leben füllen. Die EU ist mehr als eine Handelsunion. Europa lebt vom Austausch der Kulturen, von gegenseitigem Verständnis und vom Miteinander.

Junge Menschen sollen die Gelegenheit haben sich europäisch auszutauschen, ihre Nachbarstaaten kennen zu lernen und länderübergreifende Freundschaften zu schließen. Wir fordern deshalb, dass jede*r im Laufe seiner Schul-, Ausbildungs- und Studienzeite eine



Form des europäischen Austauschs wahrnehmen kann. Das bestehende ERASMUS+ Programm auf europäischer Ebene war und ist ein wichtiger Meilenstein. Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung ein, die neben dem Hochschulbereich auch Schule und Ausbildung stärker in den Fokus nimmt. Das neue Reiseprogramm DiscoverEU ermöglicht jungen Menschen den Gewinn eines Tickets zur selbstständigen Erkundung der Europäischen Union. Diese im Grund gute Idee vernachlässigt aber, dass Reisen häufig mit zusätzlichen Kosten für Unterkunft und Kultur verbunden ist. Austausch und kulturelle Teilhabe gehen über bloßen Urlaub hinaus und dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Kulturellen Austausch zu fördern ist aber nicht nur Aufgabe der EU, sondern auch des Freistaats Bayern. Wenn junge Menschen reich an Erfahrungen und mit gestärktem Selbstbewusstsein aus dem Austausch zurückkehren, nutzt ihnen dies auch in Schule, Ausbildung und Hochschule. Echter Austausch beruht dabei auf Gegenseitigkeit, es sammeln nicht nur bayerische Jugendliche im Ausland Erfahrungen, sondern wir laden auch junge Europäer*innen nach Bayern ein. Wir fordern deshalb die Förderung von bayerischen Jugendorganisationen, die sich in der europäischen und internationalen Jugendarbeit engagieren, auszubauen. So kann auch abseits der Institutionen Schule und Hochschule ein Netzwerk mit viel-fältigen Angeboten aufgebaut werden. Hierzu sollen dem Bayerischen Jugendring zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, die mit besonderem Augenmerk auf Jugendliche aus einkommensschwachen Familien eingesetzt werden sollen.

Ein starkes Europa wirkt gegen Rechtspopulismus

Mit einer klaren Haltung und überzeugenden Argumenten ließe sich der Teufelskreis aus kleinmütiger und an kurzfristigen Interessen orientierter Politik einerseits und an enttäuschten Erwartungen an Europa andererseits durchbrechen. Die Mehrheit der Menschen weiß sehr wohl, dass es eine gute Zukunft in Europa nur mit einer starken und demokratischen EU gibt. Dafür bräuchte es jedoch mehr als eine pragmatische Tagespolitik, wie sie die Bundesregierung praktiziert. Es braucht eine Vision von einem gemeinsamen Europa, das über die klein-teilige Taktiererei hinausreicht. Ein Europa, das



die aktuellen Probleme wirksam anpackt und so den Blick auf eine gemeinsame gute europäische Zukunft öffnet, statt im engen Horizont nationaler Egoismen stecken zu bleiben. Dies wäre auch ein starkes Signal gegen den grassierenden Rechtspopulismus in Europa, der auch Folge der Schwäche und des mangelnden Willens der EU und ihrer Mitgliedsstaaten ist, Antworten auf die sozialen, ökologischen und gesellschaftlichen Folgen der Modernisierung und Globalisierung zu geben.

Der Kampf um die Zukunft Europas wird zwischen Grünen und anderen demokratischen Parteien auf der einen Seite und den autoritären und nationalistischen Parteien auf der anderen Seite ausgetragen. Viele konservative Parteien lassen eine klare Position vermissen. Angesichts von Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien übernahmen sie teilweise deren Argumente und gaben so die lange existierende Brandmauer zwischen konservativen und rechtsradikalen Parteien auf. Dadurch wurden jedoch nur die Konservativen schwächer, während sich die politischen Diskurse verschoben und die rechtsnationalen Parteien profitierten. Aus diesem Dilemma versuchen sich die Konservativen nun zu befreien, indem sie ihre Rhetorik mäßigen. Sie vermeiden jedoch ein klares Bekenntnis zu einem starken und demokratischen Europa ebenso wie eine klare Absage an antiliberales, autoritäres und europafeindliches Denken in ihren eigenen Reihen. Ein starkes Europa gibt es nur, wenn die Nationalstaaten bereit sind, zugunsten des gemeinsamen Europas einen Schritt zurück zu treten.

Die Kommunen sind das Fundament der EU

Die Kommunen sind das Fundament der EU. Hier organisieren die Bürger*innen ihr Zusammenleben im Alltag, hier wirkt europäische Politik unmittelbar, hier kann der Grundstein für mehr Europa gelegt werden. Hier findet Europa jeden Tag statt. Deshalb ist es wichtig, dass so viele Entscheidungen wie möglich auf kommunaler Ebene getroffen werden. Für eine praxisnahe Ausgestaltung europäischer Verordnungen und Richtlinien unterstützen wir die frühzeitige Einbindung der kommunalen und regionalen Ebenen in europäische Gesetzgebungsprozesse. Dabei machen wir uns für das Subsidiaritätsprinzip



stark, d.h. die EU soll dann tätig werden, wenn notwendige Maßnahmen auf nationalstaatlicher oder regionaler Ebene nicht ausreichend verwirklicht werden können.

Mit uns wird es keine Privatisierung der kommunalen Daseinsvorsorge geben. Dies gilt insbesondere bei Verhandlungen über EU-Handelsabkommen mit anderen Wirtschaftsräumen, wie CETA mit Kanada oder JEFTA mit Japan. Wir wollen eindeutige Schutzklauseln gegen neue, zusätzliche Risiken, die soziale Dienstleistungen, die Wasserversorgung oder den Bildungsbereich bedrohen können. Auch die kommunalen Unternehmen, die zum Teil die kommunale Daseinsvorsorge im Bereich der Ver- und Entsorgung, des ÖPNV oder in der Gesundheitsversorgung übernehmen, werden wir weiter unterstützen. Wir müssen unsere Regionalbanken, also Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die Ansprechpartner für Bürger*innen und die regionale Wirtschaft sind, schützen, indem wir uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass sie im Rahmen der Finanzmarktgesetzgebung nicht den gleichen Vorgaben unterliegen wie international agierende Großbanken.

Damit Europa weiter zusammenwächst, brauchen wir mehr grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. In Bayern haben wir eine Vielzahl zum Teil lang bestehender grenzüberschreitender Kooperationen mit Österreich und Tschechien. Für mehr transnationale Lösungen braucht es aber mehr Flexibilität. Denn nur so können wir z.B. auch die Einrichtungen von grenzüberschreitenden Kindertagesstätten und Gesundheitseinrichtungen oder des öffentlichen Nahverkehrs voranbringen. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass rechtliche und administrative Hindernisse beseitigt und z.B. die Errichtung grenzüberschreitender öffentlich-rechtlicher Körperschaften deutlich einfacher wird.

Die Bürger*innen machen den Unterschied

Ob Europa neuen Schwung bekommt, um dadurch Teil einer Lösung der skizzierten Probleme zu werden oder ob die EU durch die drohende Re-Nationalisierung selbst zum Problem wird, ist offen. Letztlich entscheiden darüber nicht die Regierungen, sondern die Bürger*innen. An ihnen liegt es, sich einzumischen, zu debattieren, sich zu positionieren



und vor allem sich an der Europawahl im Mai zu beteiligen. Sie machen den Unterschied zwischen einer EU, die sich selbst Fesseln anlegt und zurückfällt in nationale Zersplitterung oder einem gemeinsamen, handlungsfähigen und nach vorne gerichtetem Europa. Gemeinsam mit den Bürger*innen sind wir bereit Europas Versprechen zu erneuern.